

Direktversicherung: Linke stellt Antrag im Bundestag

<http://www.altersdiskriminierung.de/magazin/artikel.php?id=7022>

134. Sitzung am 06.11.2015

[https://www.bundestag.de/dokumente/tagesordnungen/tagesordnung\\_134/286444](https://www.bundestag.de/dokumente/tagesordnungen/tagesordnung_134/286444)

Tagesordnungspunkt 30

Sehr geehrter Herr Monstadt,

Sie begannen Ihre Rede mit den Worten:

*„Herr Kollege Birkwald, Sie sollten sich vielleicht weniger mit den schönen Nächten von amtierenden Ministerpräsidenten befassen und dafür mehr mit Fakten“, ...*  
und etwas später: *„Wir stehen für Verlässlichkeit.“*

Aus Sicht eines betrogenen Bürgers **„Mein persönlich Erspartes eine BETRIEBSRENTE !!!“**  
hier meine Fakten:

Als 76-jähriger erinnere ich mich noch an die leidenschaftlichen Reden im Deutschen Bundestag von Dr. Rainer Barzel und Herbert Wehner, **„pacta sunt servanda“** war damals noch das Maß aller Dinge.

Frau Dr. Merkel, Herr Dr. Schäuble und andere Bundesminister u.a. predigen auch heute bei jeder Gelegenheit: *„Wir haben Verträge in Europa, und die europäische Kultur hat auch damit etwas zu tun, dass man sich an geschlossene Verträge hält!“*

Liebe CDU/CSU, aber auch SPD und Bündnis90/Die Grünen, dies ständig von anderen fordern, Inhabern einer Direktversicherung jedoch verweigern ist unredlich, Sie werden ihren eigenen Grundsätzen untreu. Sie stehen heute für Vertragsbruch, damit für den Verfall guter Sitten. Sie messen mit zweierlei Maß, werden unglaubwürdig. Diese Lippenbekenntnisse sind Politik nach Gutsherrnart, wie es gerade gebraucht wird.

Frau Maria Klein-Schmeink spricht von **Ungleichbehandlung**, die beendet werden müsse. Hier haben Sie die beste Gelegenheit, dies endlich in die Tat umzusetzen. Haben wir Arbeitnehmer keine Kultur, oder sind wir in Ihren Augen Bürger 2. Klasse, die nicht mehr vertragswürdig sind?

Früher galt noch ein Handschlag, bei Ihnen sind heute die Verträge nicht mehr das Papier wert, auf dem sie stehen. In welchem Staat leben wir eigentlich, wenn **Bestands- und Vertrauensschutz** je nach Bedarf interpretiert werden und **Vertragsbruch**, sogar auch noch rückwirkend hoffähig geworden ist?

Es ist ein Armutszeugnis, dass Bürger sich auf NICHTS mehr verlassen können. Das Schlimme dabei: Auch das BVerfG macht sich zum „Steigbügelhalter“ des Gesetzgebers. Siehe ...

<http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=4121&search=millionen&searchin=all>  
„Wutbürger schreibt Offenen Brief an Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts“.

**Die wichtigste Währung: Das Vertrauen und die Verlässlichkeit ist verloren gegangen**, die Zahl der Nichtwähler und Politikverdrossenen steigt nicht ohne Grund mit jeder BT-Wahl. Seite 8

Herr Tauber fordert eine nationale Debatte über Wahlbeteiligung ... Wahlmüdigkeit den Kampf angesagt ... Auf Ehrlichkeit setzen. Was ist daran ehrlich, wenn Sie Vertragsbruch je nach Bedarf verteidigen.

Ist es ehrlich, wenn die Politik Arbeitnehmer zur Altersvorsorge durch Direktversicherung erst mit einer Pauschalsteuer „ködert“ (tut was, eure Rente reicht nicht), die AN dann jahrzehntelang zu Lasten der Familie auf Konsum verzichten und die Beiträge in eine Lebensversicherung aus Entgeltumwandlung (Verzicht auf Weihnachtsgeld, anschließend mit Arbeitslosengeld (!) und danach mit BfA-Rente (infolge DV gekürzt, es wurde nie darauf hingewiesen!) bis zum 65. Lebensjahr einzahlen (wie in meinem Fall, der AG ging in Insolvenz), um am Ende mit einem fast 20%igen Abschlag bestraft zu werden. „Erst animieren, dann kassieren“ ist hinterlistig. **Das ist keine Altersvorsorge, das ist Kapitalvernichtung!**

Mehr als 20 Jahre bestehende Altverträge ohne Vorankündigung rückwirkend auszuhebeln heißt „**Bürger entmündigen und vor vollendete Tatsachen stellen**“. Absurder kann ein Gesetz nicht mehr sein. Selbst das Wort SKANDAL reicht nicht, um diese Ungeheuerlichkeit zu beschreiben.

Kennt Ihre Zumutung überhaupt noch Grenzen?

Sind die selbst vorsorgenden Arbeitnehmer für Sie die Melkkühe der Nation? Da diese gespart haben, kann man Ihnen ja was wegnehmen! Eine umwerfende Logik, um an das Geld der Bürger zu kommen.

Sehr geehrter Herr Monstadt,  
sehr geehrte Damen und Herren vom Bundestag.

Wie würden Sie persönlich reagieren, wenn Ihre Pension rückwirkend um 20% gekürzt (und das ohne eigene nennenswerte Beiträge), Ihre Verträge für null und nichtig erklärt würden?

Gehen Sie mit mir konform wenn ich behaupte, unsere auf Steuerzahlerkosten für deren Altersvorsorge bestens abgesicherten Volksvertreter würden trotz dieses großen Vorteils den Aufwand proben? Ich wäre sogar bei Ihnen, denn Vertrag ist Vertrag.

[https://de.wikipedia.org/wiki/Pacta\\_sunt\\_servanda](https://de.wikipedia.org/wiki/Pacta_sunt_servanda)

... Eine der wichtigsten Ausgestaltungen dieses Grundsatzes findet sich unter anderem im Tatbestand von Treu und Glauben wieder, der in § 242 BGB geregelt ist. **Der Grundsatz besagt, dass derjenige, der Verträge bricht, rechtswidrig/unerlaubt handelt.**

Für sich alle Rechte einfordern, dem Bürger aber verweigern ist Politik nach Gutsherrnart, ist eine absurde Denkweise mit Selbstbedienung auf Kosten anderer. Pacta sunt servanda wird ad absurdum geführt. **Ist das Ziel Ihrer Politik?**

**Kein vernünftig denkender Mensch würde in Kenntnis dieser Fakten einen solchen Vertrag abschließen. Wie soll man seinen Kindern da noch erklären, dass sie in ein System mit per Gesetz nachträglich verordneter Kapitalvernichtung einzahlen sollen?**

**Erbitte hierzu Ihre ehrliche Antwort.**

Die von Ihnen genannten Argumente der Rechtfertigung hat Lothar Binding beim StN-Stadtschreibtisch, Thema Betriebsrente: „Die Wut bleibt“ am 26. Juli 2014 ehrlich und zutreffend formuliert:

<http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.stn-stadtschreibtisch-betriebsrente-die-wut-bleibt.ad5c6dac-86e7-4be6-87ef-9756a5c5ed8b.html>

*„Emotional war der Weg verkehrt. Doch ich muss ehrlich zugeben, dass es keine andere Idee gab, um das Loch in der gesetzlichen Krankenkasse zu stopfen ... den Betriebsrentnern sei es gut gegangen, deshalb wurde das Modell gewählt.“*

## Noch Fragen?

**Ja, es gibt noch eine: Wie definiert man „Betriebsrente“?**

Logische Antwort:

Wenn der Arbeitgeber zu seinen Lasten zusätzlich zum Gehalt und zu Gunsten seines Mitarbeiters in irgendeine Institution (LV, Pensionsfond, ...) einzahlt.

Bitte erklären Sie mir, wie man das aus meinem Nettogehalt (also voll verbeitragtem Einkommen ohne jeglichen AG-Anteil) angespartes Kapital bei dessen Auszahlung als „Versorgungsbezug“ bezeichnen und behandeln kann. **Ich zahle also aus meinem Ersparten eine „Betriebsrente“ an mich selbst!** Ein Schildbürgerstreich par excellence. Nur weil der Arbeitgeber als Versicherungsnehmer in der Police stand, aber nichts tat und auch nichts bezahlte, dafür seine Sozialbeiträge sparte, muss ich nun doppelte Sozialabgaben bezahlen, nach Auszahlung jetzt auch noch den AG-Beitrag. War nie Vertragsbestandteil.

**Das Konstrukt, „nur weil der Arbeitgeber der Versicherungsnehmer war, ist dies automatisch eine Betriebsrente“, ist an Arroganz der Interpretation „es besteht ein Bezug zum Arbeitsleben“ nicht mehr zu überbieten.**

## Gewinner sind

– die AG mit ihren eingesparten Sozialbeiträgen ...

<http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=4121&search=Milliarden&searchin=3>

– die Versicherungsgesellschaften (hier hat die Lobby ganze Arbeit geleistet, siehe Schröder/Maschmeyer „Wie eine Goldgrube, jeder hat mitgemacht“),

– die Krankenkassen und deren Bundesvereinigungen, siehe ...

<http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=7011>

Auszug, bitte 2x lesen:

Ich muss 900 Monate (das sind 75 Jahre !) lang in die GKV einzahlen, nur um die Gehaltserhöhung des KBV-Vorstandsmitglieds für ein einziges Jahr sicher zu stellen! Da aber „nur 120 Monate“ gezahlt werden müssen, werden statistisch gesehen hierfür 7,5 Beitragszahler benötigt. Mit dieser unglaublichen Selbstbedienung wird uns jetzt das große Interesse der Krankenkassen überdeutlich vor Augen geführt, dass jeder Euro gebraucht wird!

**Mein persönlich Erspartes eine BETRIEBSRENTE !!!**

Was ist das nur für eine irrationale Denkweise? Dümmer kann man seine Wähler nicht mehr „verkaufen“.

## Verlierer sind wir Arbeitnehmer, die der Politik vertraut hatten!

In der BT-DS 15/2472 sind die Argumente für „Zusätzliche Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge bei Versorgungsbezügen durch das GKV-Modernisierungsgesetz rückgängig machen“ bestens formuliert, aber es gelten auch in Ihrer Partei nicht mehr die Sachargumente, sondern nur noch „wie können wir Löcher für die Finanzierung stopfen und, wie kommen wir dafür an das Geld er Bürger!“ Dabei sind alle Mittel recht, selbst Vertragsbruch ist kein tabu mehr.

Millionen, um ihre eigenfinanzierte, private Kapitalbildung betrogene Bürger werden monatlich an die „kalte Enteignung (BT-DS 15/2472)“ durch den Gesetzgeber erinnert. Glauben Sie, dass die Betroffenen noch irgend jemanden empfehlen können, staatlichen Empfehlungen zu folgen? Wie soll man seinen Kindern da noch erklären, dass sie in ein System mit per Gesetz nachträglich verordneter Kapitalvernichtung einzahlen sollen? Das GMG kommt als Bumerang zurück, ein kontraproduktives Gesetz, **persönliche Altersvorsorge wird ad absurdum geführt.**

Eingaben an den Petitionsausschuss sind zum Scheitern verurteilt. Die Antwort finden Sie in der Expertentagung „Öffentliche Petitionen und Volksinitiative“ der Hanns-Seidel-Stiftung in Kooperation mit Mehr Demokratie e.V. am 16.11.2010 in München:

*„Die bemerkenswerteste Aussage unter den Podiumsbeteiligten kam von dem Mitglied des Petitionsausschusses, Herrn Thomae, MdB/DFDP, der darstellte, dass nicht zu erwarten ist, dass diejenigen, welche als Parlamentarier zuvor Gesetzen zugestimmt haben, nunmehr in Ihrer Funktion als Mitglieder der Fachausschüsse oder des Petitionsausschusses sich selbst anklagen oder korrigieren werden. Das müsse man ganz realistisch sehen.“*

**Damit wird Politik endgültig zur Farce. Sie kontrollieren nicht nur sich selbst, sondern setzen sich auch über die berechtigten Sorgen und Nöte der Menschen hinweg und machen deren Zukunftsplanung sehenden Auges zunichte.**

Noch zwei Frage an Sie:

Halten Sie es für richtig, dass ...

1. Investoren von Solaranlagen vom Gesetzgeber 20 Jahre lang **Bestandsschutz** erhalten, und trotz der Unverhältnismäßigkeit „36 Cent Subvention“ aus rechtlichen Gründen keine nachträglichen Eingriffe oder Kürzungen möglich sind (Offenbach Post vom 9.7.13 „Teure Hypothek“), Inhaber einer Direktversicherung (DV) jedoch von den gleichen Parteien Bestandsschutz verweigert und nachträglicher Eingriff gerechtfertigt wird?

2. Schwerverbrecher, Kinderschänder und Mörder **Vertrauensschutz und Rückwirkungsverbot** genießen (\*), Inhaber einer DV juristisch schlechter gestellt werden als vorgenannter Personenkreis?

(\*) Kommentar der Offenbach Post vom 15.04.2011 zum Urteil in Straßburg;

*„Es ist nicht hinnehmbar, dass ein Verurteilter mit einer Strafe belegt wird, die zum Zeitpunkt des Richterspruchs noch gar nicht existierte ... Zudem dürfe vom Prinzip „Keine Strafe ohne Gesetz“ nicht abgewichen werden. Eine rückwirkende Verlängerung sei deshalb untragbar“.*

Rückwirkender Vertragsbruch für ehrbare Bürger ist jedoch „tragbar“, ist zumutbar, hat keine erdrosselnde Wirkung“. Was ist das nur für eine Logik? Irrationaler kann man nicht mehr denken!

Sehr geehrter Herr Monstadt,  
sehr geehrte Damen und Herren vom Bundestag.

die mit dem GMG eingeführte doppelte Verbeitragung ist arglistige Täuschung. Kein vernünftig denkender Mensch hätte im Wissen dessen je eine Direktversicherung abgeschlossen. Personen, die ihr Geld „verprasst“ haben, lachen sich ins „Fäustchen“, und man muss ihnen im Nachhinein dazu noch gratulieren. Eine sonderbare Konstellation, von Ihnen als Volksvertreter auch noch gut geheißten.

Bitte überdenken Sie Ihre bisherige Einstellung, ich hoffe genug Sachargumente beigetragen zu haben. Was sind Verträge noch wert, wenn die Politik nachträglich eingreift und man selbst keine Möglichkeit hat, noch etwas zu ändern. Wie soll man seinen Kindern da noch erklären, dass sie in ein System mit per Gesetz nachträglich verordneter Kapitalvernichtung einzahlen sollen? Ein erschreckender Wandel, der Bürger ratlos und zornig macht.

Die Entgeltumwandlung war als gute Idee gedacht, was die Politik daraus gemacht hat ist ein Skandal. Was noch schlimmer ist, es wird schön geredet.

Zum Hinweis von Frau Mechthild Rawert (SPD):

Mit der Neuregelung wurde entschieden, hier für einen stärkeren Ausgleich zwischen den Generationen zu sorgen. Zur Beitragszahlung verstärkt herangezogen wurden aber nur die Rentnerinnen und Rentner, deren gesamte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eine solche Mehrbelastung auch zuließ. Das ist insbesondere bei denen der Fall, die zusätzlich zu ihrer gesetzlichen Rente **Einkünfte aus Versorgungsbezügen** – wie gesagt: Lebensversicherung mit Kapitalabfindung – beziehen.

Antwort:

**Mein persönlich Erspartes ein VERSORGUNGSBEZUG !!!**

Der Begriff „Betriebliche Altersvorsorge“ wird vom Gesetzgeber – und leider auch vom Bundesverfassungsgericht – bewusst (!) falsch ausgelegt.

**Nicht: Wer ist Vertragsinhaber, sondern wer hat die Beiträge bezahlt**

ist die einzig richtige, und auch gerechte Definition.



Bei der Auszahlung einer Direktversicherung handelt es sich NICHT um neues Einkommen, auch NICHT um neue Einnahmen, sondern um die zeitversetzte Auszahlung früherer Einkommen/Einnahmen, die zum Zeitpunkt des Zuflusses mit der Lohn- und Gehaltsabrechnung der Steuer- und Sozialversicherungspflicht unterlagen!

**Diese Auszahlung mit einer der Betriebsrente vergleichbaren Einnahme (Versorgungsbezug) gleich zu setzen, ist absurd und entspricht einem politisch gewollten Willkürakt.**

Die Lobby der Arbeitgeber, Versicherungsgesellschaften und Krankenkassen haben ganze Arbeit geleistet.

Bitte lesen Sie:

<http://mobil.handwerksblatt.de/handwerk/direktversicherung-jetzt-kassiert-die-krankenkasse-doppelt-6511--seite-3.html>

*„Fast unbemerkt kam der Zusatz im Sozialgesetzbuch vor vier Jahren“. Die wenigsten Abgeordneten wussten, was noch kurz vor der Abstimmung in das Gesetz aufgenommen wurde.*

*„Vielen Unternehmern ist das bis heute nicht bewusst“, berichtet Albert Eberhardt. Kein Wunder: Diese Krankenkassenpflicht kam fast unbemerkt von der Öffentlichkeit vor vier Jahren mit dem „Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenkassen“.*

*Eberhardt: „Durch einen Zusatz im Sozialgesetzbuch ist die Krankenkassenpflicht von laufenden Renten auch auf Einmalzahlungen erweitert worden.“ Mit der Folge, dass auch hier Beiträge fällig werden, obwohl schon während der Einzahlung Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung entrichtet werden müssen (der Versicherte bzw. der Betrieb also doppelt zahlt). Ausnahme von dieser Regelung: privat krankenversicherte Unternehmer und Mitarbeiter ...*

<http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=6891>

Direktversicherung: **Lüge als Gesetzesbasis + Schlamperei bei der Justiz**

<http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=6729>

Direktversicherung: **Erklärung zur ungerechten SV-Beitragserhebung**

<http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=6536>

Direktversicherung: **Raubritter-Methoden**

[http://www.focus.de/politik/deutschland/spd-gruene-und-das-raubrittergesetz-buergerschaftswahl-in-bremen-kommentar\\_id\\_6417024.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/spd-gruene-und-das-raubrittergesetz-buergerschaftswahl-in-bremen-kommentar_id_6417024.html)

## **SPD/Grüne und das Raubrittergesetz**

Sonntag 10 Mai. 2015 22.05 · von Rolf Gräter

Vor 2004 galt noch der Vertrauensschutz – auch in der Sozialgesetzgebung konnte man auf Treu und Glauben noch vertrauen. Über 8 Mill. Bürger, die nach dem Krieg Deutschland aufgebaut hatten, entschlossen sich eine Direktversicherung abzuschließen. Jeder war bemüht fürs Alter vorzusorgen. Dann brachten Rot/Grün das GKV-Modernisierungsgesetz 2004 „Raubrittergesetz“ ( § 229 ) heraus, dass rückwirkend bei der Auszahlung der Direktversicherung zum 2. mal Kranken- und Pflegeversicherung abkassiert wurde.

Die damalige Rot/Grüne Regierung plädierte vor 2004 fast täglich für die private Vorsorge, um Altersarmut zu vermeiden, um dann danach abzukassieren. **Zukünftige Generationen können der SPD/Grüne nicht mehr trauen, sie haben der den Menschen einen unermesslichen Schaden zugefügt.**

## **8 Mill. ausgeraubte Bürger – 16 Mill. Wählerstimmen**

Montag 11 Mai. 2015 14.05 · von Rolf Gräter

8 Mill. ausgeraubte Bürger sind mit ihren Familien 16 Mill. Wählerstimmen. Das haben die SPD/Grüne noch nicht begriffen. Wer Bürger quält wird nicht gewählt. Rot/Grün brachten 2004 das GKV-Modernisierungsgesetz „Raubrittergesetz“ ( § 229 ) heraus, dass rückwirkend bei der Auszahlung der Direktversicherung zum 2. mal Kranken- und Pflegeversicherung abkassiert wurde. Die damalige Rot/Grüne Regierung plädierte vor 2004 fast täglich für die private Vorsorge, um Altersarmut zu vermeiden, um dann danach abzukassieren. Zukünftige Generationen können der SPD/Grüne nicht mehr trauen, sie haben den Menschen einen unermesslichen Schaden durch Verletzung von Vertragsschutz, Vertragstreue, Bestandsschutz und Verlässlichkeit zugefügt. **Das Unwort des Jahres heißt: „Raubritterpartei SPD § 229“.**

Sehr geehrter Herr Monstadt,  
sehr geehrte Damen und Herren vom Bundestag.

**Beenden Sie den Betrug an gutgläubigen Menschen,  
Enteignung statt Vorsorge kann nicht das Ziel einer Direktversicherung gewesen sein.**

„Nicht alles, was juristisch rechtens ist, ist auch richtig“,

so unser „Alt“Bundespräsident Christian Wulff nach 595 Tagen Amtszeit (02.07.10–17.02.2012), bei voller Pension. Auch das sei ihm gegönnt. Nur uns Bürgern gönnt man nicht mehr unser selbst Erspartes. Können Sie nachvollziehen, dass man der Politik nicht mehr vertrauen kann!

**Es geht um nichts Geringeres als um die politische Glaubwürdigkeit sowie  
Gerechtigkeit, Verlässlichkeit, Vertrauensschutz, Vertragstreue, Gleichbehandlung!**

Haben Sie den Mut zur Korrektur, damit Ihre Wähler wieder Vertrauen in verlässliche Politik haben können. **Die BT-Wahl 2017 wird zur Schicksalswahl bisheriger Volksparteien** (sind sie es noch, siehe Seite 8), die Parteienlandschaft wird sich aufgrund der augenblicklichen Situation gravierend verändern. Hier könnten die bisher verlorenen Stimmen der um ihre Ersparnisse betrogenen Bürger – mehr als acht Millionen Betroffene, plus deren Angehörige – das „Zünglein an der Waage“ sein.

Für eine Antwort Ihrerseits dankend, verbleibe ich  
mit freundlichen Grüßen

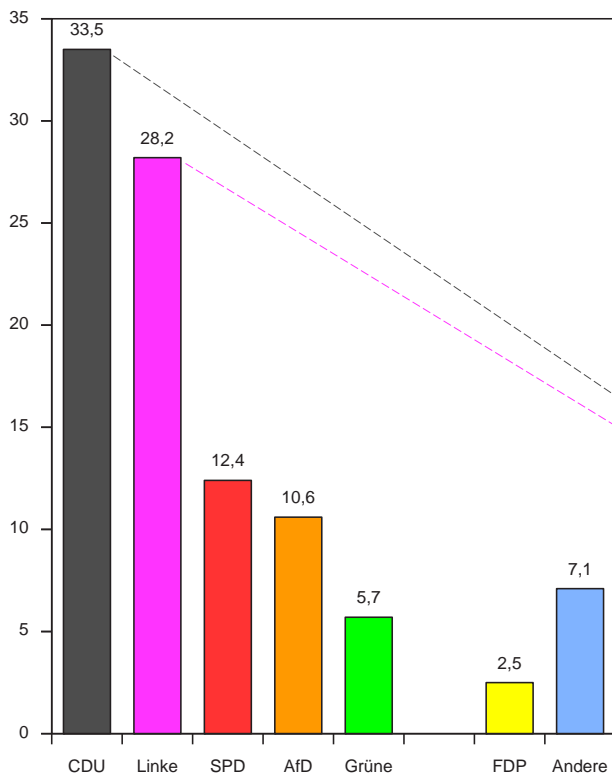
*Horst Debusmann*

Sebastian-von-Heusenstamm-Straße 2  
63150 Heusenstamm

LT-Wahl in Thüringen am 14.09.2014

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/landtagswahl-in-thueringen-alle-ergebnisse-a-990402.html> (Wahlberechtigt: 1,84 Millionen Menschen)

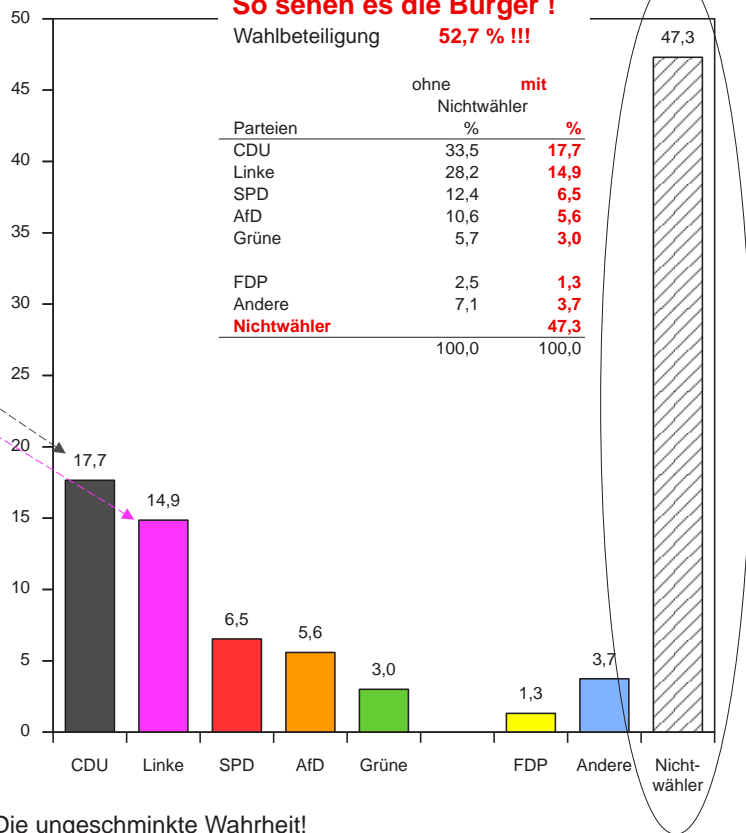
So sehen es die Parteien



**So sehen es die Bürger !**

Wahlbeteiligung **52,7 % !!!**

Parteien	Wahlbeteiligung	
	ohne Nichtwähler (%)	mit Nichtwähler (%)
CDU	33,5	<b>17,7</b>
Linke	28,2	<b>14,9</b>
SPD	12,4	<b>6,5</b>
AfD	10,6	<b>5,6</b>
Grüne	5,7	<b>3,0</b>
FDP	2,5	<b>1,3</b>
Andere	7,1	<b>3,7</b>
<b>Nichtwähler</b>		<b>47,3</b>
	100,0	100,0



Die ungeschminkte Wahrheit!  
Das tatsächliche Wahlergebnis aller wahlberechtigten Bürger.

[Dietrich.Monstadt@bundestag.de](mailto:Dietrich.Monstadt@bundestag.de)

- [Petra.Pau@bundestag.de](mailto:Petra.Pau@bundestag.de)
- [Lothar.Binding@bundestag.de](mailto:Lothar.Binding@bundestag.de)
- [Matthias-W.Birkwald@bundestag.de](mailto:Matthias-W.Birkwald@bundestag.de)
- [Michael.Grosse-Broemer@bundestag.de](mailto:Michael.Grosse-Broemer@bundestag.de)
- [dirk.heidenblut@bundestag.de](mailto:dirk.heidenblut@bundestag.de)
- [Erich.Irlstorfer@bundestag.de](mailto:Erich.Irlstorfer@bundestag.de)
- [Markus.Kurth@bundestag.de](mailto:Markus.Kurth@bundestag.de)
- [Mechthild.Rawert@bundestag.de](mailto:Mechthild.Rawert@bundestag.de)
- [Ulla.Schmidt@bundestag.de](mailto:Ulla.Schmidt@bundestag.de)
- [Kirsten.Tackmann@bundestag.de](mailto:Kirsten.Tackmann@bundestag.de)
- [Peter.Weiss@bundestag.de](mailto:Peter.Weiss@bundestag.de)
- [peter.wichtel@bundestag.de](mailto:peter.wichtel@bundestag.de)

[post.pet@bundestag.de](mailto:post.pet@bundestag.de) **Petition 48867 zur Direktversicherung (DV)**

Bc an

- Verein Direktversicherungsgeschädigte e.V.
- Interessengemeinschaft GMG-Geschädigte DV-Versicherte (Streitgenossen nach § 73 Abs 2 Nr 2 SGG)
- Kooperationspartner Aktion Demokratische Gemeinschaft e.V. – ADG, München; Betriebsrentner e.V. – BRV, Dießen am Ammersee; Bündnis der Rentenbeitragszahler und Rentner e.V. – BRR; Bönningheim und Büro gegen Altersdiskriminierung, Köln



Weitere Informationen, bei entsprechendem Interesse vorausgesetzt.

[http://www.echo-online.de/lokales/darmstadt/vertrauen-in-den-staat-brutal-zerstoert\\_15223835.htm](http://www.echo-online.de/lokales/darmstadt/vertrauen-in-den-staat-brutal-zerstoert_15223835.htm)  
„**Vertrauen in den Staat brutal zerstört**“

<http://www.br.de/fernsehen/bayerisches-fernsehen/sendungen/geld-und-leben/abzocke-altersvorsorge-staat-100.html>

### **Kann das rechtens sein?**

„Der Staat brauchte das Geld, er füllt sich sicherlich die Taschen, dort wo er es am leichtesten holen kann, das war die betriebliche Altersversorgung, die sollte ja anfangs attraktiv sein, später wurde sie sogar mehr belastet als mancher Lebensversicherungsvertrag. Besonders hart hat es dann die getroffen, die in der Einzahlungsphase schon Beiträge zahlen mussten zur Krankenversicherung und dann in der Auszahlungsphase schon wieder, das war für manche bestimmt eine verfassungswidrige Härte.“

Prof. Dr. Richard Giesen, LMU, München

<http://www.daserste.de/information/wirtschaft-boerse/plusminus/videos/altersvorsorge-wie-rentner-vom-staat-abkassiert-werden-100.html>

ARD vom 25.03.2015: **Wie Rentner vom Staat abkassiert werden**

**Privat fürs Alter vorgesorgt und unterm Strich ein Verlustgeschäft** – so geht es vielen Rentnern, die über ihre Firma eine betriebliche Altersvorsorge abgeschlossen haben. Denn der Staat holt sich nachträglich fast 17 Prozent des Ersparnen.

<http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=6700>

Direktversicherung: **An die Mitglieder vom Petitionsausschuss**

<http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=6692>

Direktversicherung: **Beitrag plusminus ARD**

<http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=6474>

Direktversicherung: **Lauterbach antwortet nicht**

<http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=5977>

Direktversicherung: **Zur Sendung Plus-Minus (I + II)**

<http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=5976>

Direktversicherung: **Zur Sendung Plus-Minus (III+IV)**

<http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=6159&search=petition&searchin=all>

Direktversicherung: **Offener Brief an Petitionsausschuss**

[http://mediathek.daserste.de/sendungen\\_a-z/432744\\_plusminus/19112260\\_-die-sendung-vom-15-januar-2014-](http://mediathek.daserste.de/sendungen_a-z/432744_plusminus/19112260_-die-sendung-vom-15-januar-2014-)

ARD Sendung PlusMinus am 15.01.2014

**Betriebliche Altersvorsorge – Minusgeschäft für viele Rentner**

## Kommentare in der Sendung:

**Ulrich Birk, Bamberger Professor für Sozialrecht**, prangert in der ARD-Sendung „Plusminus“ an, dass bei der Rentenauszahlung der betrieblichen Altersvorsorge Krankenkassen- und Pflegeversicherungsbeiträge fällig werden.

*„Die Rendite wird aufgefressen durch nachträgliche Abzüge in der Auszahlungsphase. Das ist eine nachträgliche Entwertung von Sparvorgängen. Das halte ich auch für skandalös, der Gesetzgeber ist zum Handeln aufgefordert und muss diese Fehlentwicklung zurücknehmen.“*

**Annelie Buntenbach vom DGB Bundesvorstand sagte:**

*„Gewerkschaften und Sozialverbände sehen einen riesigen Vertrauensverlust in die Politik. Das die Gerichte gesprochen haben, kann ja nicht den Gesetzgeber aus der Verantwortung entlassen. Wenn die Koalitionsparteien sagen, sie wollen die betriebliche Alterssicherung attraktiver machen, dann müssen sie hier ansetzen und die Ungerechtigkeit beseitigen.“*

**Ulrike Mascher, Präsidentin beim VdK Deutschland erklärt:**

*„Und das ist für mich so ein Punkt, wo gute Politik sich das noch mal anguckt und sagt: Nein, das wollen wir so nicht haben, das ändern wir. Im Interesse eines übergeordneten Vertrauensschutzes machen wir hier jetzt eine andere Regelung, die den Versicherten zu Gute kommt.“*

## Mein Kommentar zur Sendung:

Das Gesundheitsmodernisierungsgesetz ist ein nicht hinnehmbarer Schildbürgerstreich und bestraft Bürger, die mit eigener Vorsorge dem Staat nicht zur Last fallen wollten !!!

## Kommentar zur Aussage von Herrn Prof. Birk:

Der Auszahlungsbetrag nach Ablauf der Versicherung war bei den meisten Direktversicherungen von vornherein bei Vertragsabschluss eine rechtsverbindlich vereinbarte

\* Kapitalzahlung als Einmalzahlung

(Rentenwahlrecht war von vornherein ausgeschlossen) und damit

\* keine wiederkehrende Zahlung nach GMG, Artikel 1 Nr. 143 und damit

\* keine der Rente vergleichbare Zahlung nach § 229 SGB V und damit

\* keine beitragspflichtige Einnahme nach § 237 SGB V und auch

\* kein Versorgungsbezug nach der Definition des Gesetzgebers.

Siehe BSG-Urteil 12 RK 36/84 vom 18.12.1984 sowie BVerfGE zu 1 BvR 1660/08 vom 28.09.2010 in Randnr. 8, zweiter Satz.

Wenn man das GMG genau liest, heißt es darin:

„Die Direktversicherung **kann** eine Form der Betriebsrente sein“. Es heißt nicht:

„Die Direktversicherung ist eine Betriebsrente“.

Diese Version wurde erst durch die Krankenkassen hinein interpretiert, und die Justiz hat in rechtswidriger Weise den Krankenkassen die Auslegung des Gesetzes überlassen.

Wie man sieht, mit verheerenden Folgen für Millionen von Rentnern, die vom Gesetzgeber, also von unseren gewählten Volksvertretern um ihre Ersparnisse betrogen wurden.

Die Justiz hat anscheinend auch in den vielen Prozessen, die wegen dieses Gesetzes geführt wurden, nie den exakten Gesetzestext hinterfragt, sondern diese Auslegung grundsätzlich als gesetzeskonform betrachtet. Die Krankenkassen hätten jeden Fall prüfen müssen, ob es sich bei der jeweiligen Direktversicherung tatsächlich um eine Betriebsrente **oder nur um eine Lebensversicherung mit Steuervorteil handelt.**

Aber die Krankenkassen versuchten ja auch bei Direktversicherungen, die später auf den Versicherungsnehmer umgeschrieben und privat weiter bezahlt wurden, abzukassieren! Im Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Modernisierungsgesetz (GMG)), verkündet im Bundesgesetzblatt vom 19. November 2003, ist die entsprechende Vorschrift im Krankenversicherungsrecht (§ 229 SGB V) angesichts des großen Umfangs des Gesetzes sehr versteckt geändert worden. In dem vorangegangenen Gesetzgebungsverfahren hatte es zu diesem Punkt weder eine Anhörung noch eine Debatte im Bundestag gegeben. Auch hatte der GDV keine Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten.

Nachfolgender Redeauszug mit der Bitte, diesen zu beachten.

### **Maria Klein-Schmeink (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)**

„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Der Antrag der Linken greift ein Problem auf, von dem viele von uns erfahren haben. Sehr viele von Ihnen werden genauso wie ich und andere Kollegen Briefe erhalten haben, in denen wir von empörten und entrüsteten Rentnern, Frührentnern und Neurentnern Klagen darüber erhalten haben, dass die Belastung aus dieser zusätzlichen Verbeitragung ihnen erstens nicht bekannt war und sie diese zweitens nicht akzeptabel finden. Das ist das eine. **Insofern greifen Sie ein Gerechtigkeitsdefizit auf, das tatsächlich vorhanden ist.**“

... Aber wir sollten den Antrag zum Anlass nehmen, genau hinzuschauen, wie denn eigentlich die Ausgestaltung sein muss. Es ist in der Tat für die Bevölkerung wenig akzeptabel und nicht hinnehmbar, dass wir völlig unterschiedliche Arten der Verbeitragung haben, dass es einen Unterschied macht, ob im Wege der Entgelt... - dann ist es beitragsfrei -, ob der Arbeitnehmer aus dem Bruttoentgelt gezahlt hat - dann ist es auch beitragsfrei - oder aber ob er es aus seinen Nettoeinnahmen gezahlt hat - dann ist es nicht beitragsfrei ...

Der ganze Kuddelmuddel geht in der Auszahlungsphase noch weiter. Bei der betrieblichen Rente habe ich Teile, die beitragsfrei sind, andere Teile, die nicht bei- t..... cherung, dann zahle ich keinen Beitrag. Das ist ein Nebeneinander, das die Menschen nicht verstehen können. Das akzeptieren sie nicht. Da müssen wir heran, und da müssen wir eine Harmonisierung erreichen. **Dieses Problem müssen wir angehen.**

Daher sollten wir den Ball, der uns mit diesem Antrag zugespielt wurde, durchaus aufnehmen...